

# GRÜNES

Nachrichten aus dem Kreisverband Esslingen

## Einladung zur Kreismitgliederversammlung

mit Heide Rühle  
am 8. März 2007, 20 Uhr im

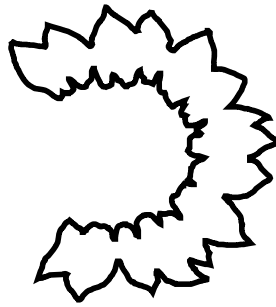
Restaurant Equator, Kesselwasen 16/1, 73728 Esslingen

### Tagesordnung:

1. Begrüßung und Vorstellung der Tagesordnung
2. Heide Rühle - Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft: Mutige Schritte gefragt; anschließend: Diskussion
3. Wahl der fünf Delegierten zum Landesausschuss am Samstag, 30. Juni
4. Bericht von der Regionalkonferenz
5. Verschiedenes



# Liebe Mitglieder...



Mit dem mittlerweile schon traditionellen Neujahrsempfang im Umweltzentrum in Plochingen ist der Kreisverband im Januar bereits gut in das neue Jahr gestartet. Nicht nur der neu gewählte Landesvorsitzende Daniel Mouratidis konnte sich einen guten Eindruck verschaffen über unseren Kreisverband, auch die drei Lokalzeitungen im Kreis Esslingen haben über die Veranstaltung recht positiv berichtet. Und Spaß hat es wohl allen gut 70 anwesenden Mitgliedern bereitet, den Jahresauftakt gemeinsam zu feiern.

Doch der politische Alltag hat uns schon wieder. Dieser Tage fand ein Pressegespräch statt, um dem Klimawandel auch im Kreis Esslingen mit Grünen Aktionen zu begegnen. In allen Lokalzeitungen sollen Anzeigen geschaltet werden, die auf die Homepage des Kreisverbandes hinweisen. Dort stehen dann neu gestaltete Informationen und Links, damit jeder Einzelne sein Verhalten ändern kann und zum Beispiel den Stromanbieter wechselt. Auch in den Amtsblättern im Landkreis sollen diese Anzeigen geschaltet werden, um möglichst breit zu werben. Die Ortsverbände sollten den Kreisverband dabei zumindest finanziell unterstützen.

Die Musteranträge für die Bündelstromausschreibung der Kommunen trägt schon erste Früchte. In Reichenbach werden wohl bald Rathaus und Kindergärten mit Ökostrom versorgt. Vor den politischen Erfolg haben die Götter jedoch das Engagement gesetzt. Deshalb sollten alle Grünen Fraktionen diese Musteranfragen und -anträge in ihren Gremien einbringen!

Der Kreisvorstand versucht auch sonst möglichst schnell und effizient die Ortsverbände zu unterstützen. Dieser Tage geschah dies mit einer Musterpresseerklärung in Sachen Zugstreichungen. Wir hoffen, dass die Ortsvorstände diese Mail nicht im Internet-Nirwana belassen, sondern den Text entsprechend mit Namen versehen und in die Amtsblätter hieven.

Europapolitisch geht es mit Heide Rühle in der nächsten Kreismitgliederversammlung zur Sache. Die Europaabgeordnete ist auch im Rundbrief mit einem Beitrag präsent. Wir hoffen, dass möglichst viele Mitglieder an der Veranstaltung Interesse haben.

Interesse wünscht sich der Kreisvorstand auch an den anstehenden Kreisvorstandswahlen. Zunächst brauchen wir aber auch Kandidatinnen und Kandidaten, die für das Amt kandidieren, da wohl einige Kreisvorstandsmitglieder nicht mehr antreten werden.

Euer Kreisvorstand

### Lokales Online-Forum zur Gentechnik

Die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln steigt und steigt; die heimische Produktion kommt nicht mehr nach; dies hat selbst der Präsident des Deutschen Bauernverbands, Gerd Sonnleitner, vor kurzem eingestehen müssen. Einen Einblick in den ökologischen Landbau und viel mehr zeigt die Ausstellung, die im Umweltzentrum Plochingen vom 9. bis 21. März stattfindet (s. beigefügten Flyer). Im Rahmen der Ausstellung wird es in der Esslinger Zeitung online ein Diskussionsforum zum Thema Gentechnik in der Landwirtschaft geben. Bitte macht rege davon Gebrauch und diskutiert mit!

Denn: Auch in 2007 plant die Hochschule für Umwelt und Technik Nürtingen den Anbau von 20.000 m<sup>2</sup> gentechnisch verändertem (insektenresistentem) Mais in Oberboihingen. (Quelle: Standortregister des BVL). Und schon setzt der Schweizer Agrarkonzern Syngenta Basel sogar eins drauf: Ab 2008 will Syngenta ein komplettes Angebot von Mais-Saatgut mit so genannten

"Input-Traits" anbieten, die beispielsweise drei Resistenzmerkmale (Triple-Stack-Sorten) kombinieren. Darüber hinaus soll 2008 auch eine Maissorte mit einer höheren Amylaseaktivität zur (**Achtung: effizienteren Bioethanolproduktion**) auf den Markt kommen. (Quelle:

<http://www.ernaehrungsdienst.de/>) Wir haben oft genug beschrieben, warum wir die „Grüne“ Gentechnik ablehnen; wir wollen sie auch nicht unter dem Deckmäntelchen der Nachwachsenden Rohstoffe!

Noch ist sich Schwarz-Rot nicht einig; in den nächsten Monaten wird der Bundestag aber über die Verwässerung des Gentechnikgesetzes entscheiden. Unter:

<http://www.campact.de/gentec/abg1/abgmail> kann man seine/n Abgeordnete/n vor Ort auffordern, sich für den Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft einzusetzen. Auf die Antworten dürfen wir gespannt sein!

Heike Habermann

### Arbeitsrecht für Entwicklungsländer, aber

---

### Sozialstandards nicht für den Kreis

Ende Januar 2007 war in den Wirtschaftsnachrichten zu lesen, dass der Personalvorstand der Deutschen Post, Walter Scheurle, den

Konkurrenten im Briefgeschäft Wettbewerbsverzerrung durch Lohndumping vorwarf. Er warnte vor einer schwer wiegenden struk-

turellen Fehlentwicklung in Deutschland. Mindestanforderungen an Löhne und Arbeitsbedingungen würden häufig nicht erfüllt. Während die Deutsche Post Briefzusteller ausschließlich nach Tarifbedingungen beschäftigt, lägen die durchschnittlichen Entgelte der MitarbeiterInnen bei der Konkurrenz in Westdeutschland um 41 Prozent unter dem Deutsche-Post-Einstiegsgehalt für Zustellkräfte, in Ostdeutschland sogar um 50 Prozent. Wenn die weitere Liberalisierung der Postdienste nicht durch geeignete Maßnahmen flankiert werde, drohe die Gefahr, dass ein Teilarbeitsmarkt mit annähernd 200 000 Beschäftigten in die Zone der Niedrig- und Armutslöhne abgleite.

#### **Zusteller für Armutslohn**

An dieser Stelle fiel mir eine Meldung aus der regionalen Wirtschaft von Mitte Dezember 2006 ein: Eine Mailingfirma im Kreis Esslingen hatte Insolvenz beantragt. Eine Schilderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in dieser Firma ließ mich aufhorchen (nebenbei: eine mir persönlich bekannte Zeugin bestätigte die Aussagen der Meldung). Etwa 70 MitarbeiterInnen waren entlassen worden, weil sie nicht von Voll- auf Teilzeitarbeit umstellen wollten. Andere wiederum erhielten ein Schreiben mit der Aufforderung, bis zum nächsten Tage einer Gehaltskürzung um 20 Prozent zuzustimmen – und das bei letztendlich drei Euro Stundenlohn! Mindestens eine Kündigung für eine Mitarbeiterin, die jenes Schrei-

ben nicht unterschrieben hat, ist belegt. Wieder Andere berichteten davon, dass die MitarbeiterInnen beispielweise Kugelschreiber, Tipp-Ex und sogar das Klopapier selber mit zu bringen hatten. Eine nahezu ständige Abrufbereitschaft für blitzartig durchzuführende Mailing-Verteilaktionen blockierte manche private Planungen ... und natürlich: "Wer hier einen Betriebsrat gründen will, fliegt sofort raus."

#### **Schutz in Entwicklungsländern**

Hier ging mir fast der Hut hoch. Wir Grüne und auch weltweit immer mehr zivile Bewegungen setzen sich für die Etablierung global gültiger sozialer (und natürlich auch ökologischer) Mindeststandards im Rahmen des sogenannten "WTO-Regimes" ein. Das heißt verkürzt, durch Integration solcher Standards in Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) könnten Verstöße dagegen in der Folge dann auch mittels Anklagen vor den strengen WTO-Streitschlichtungsgremien geahndet werden. Die Arbeitswelt betreffend wäre ein großer Fortschritt, die Kernarbeitsnormen der ILO (Internationale Arbeitsorganisation der UN) aufzunehmen. Hierin sind u.a. Aspekte der Arbeitszeiten und der Organisationsfreiheit von ArbeitnehmerInnen geregelt. Die grüne BAG Nord-Süd forderte vor der jüngsten BDK Ende 2006 die Fraktionen in Bundestag und Europaparlament auf, bei Bundesregierung und EU-Kommission diese Normen und viele andere Standards im Welthan-

del verstärkt zu thematisieren – hauptsächlich zum Schutz vieler Menschen in den Entwicklungsländern ...

#### **und vor der Haustür**

... aber wohl auch den MitarbeiterInnen jener Firma im Landkreis könnte hierdurch wirkungsvoller geholfen werden! So weit ist es nun schon gekommen. Und fast hätte unser KV die Umgehung der Mindeststandards auch noch unterstützt. Im Landtagswahlkampf 2006 war kurz im Gespräch, diese Firma

statt der Deutschen Post mit der Verteilung der Kandidatenflyer zu beauftragen, natürlich weil es billiger gewesen wäre. Glücklicherweise haben wir uns schließlich für die gute alte Deutsche Post entschieden.

Fazit: Gerade wir Grünen sollten auch beim Einkauf von Dienstleistungen nicht unbedingt auf billig, sondern besser auf fair achten. In diesem Wirtschaftszweig liegt vieles im Argen und (noch) Verborgenen. Öffnen wir die Augen!

Wolfgang Schreiner

## Zur Diskussion

---

# Modell der Würde - Grundsicherung

**„Das Menschenbild von Hartz IV ist an seine Grenzen gekommen und auch in einer fachlichen Krise“, betonte der Sozialpolitiker Thomas Poreski bei einer Veranstaltung des Grünen Kreisverbandes in Esslingen. Der Reutlinger Thomas Poreski ist einer der profiliertesten Experten der Grünen zum Thema Grundsicherung in Deutschland.** Im Rahmen des so genannten Diskurs-Netzwerkes des Kreisverbandes der Grünen zeigte er konkrete Inhalte auf, wie die Idee einer Grundsicherung für alle umgesetzt werden könnte.

#### **Mängel von Hartz IV**

Dieser alte grüne Gedanke hat durch die Mängel von Hartz IV und die Diskussion um das bedin-

gungslose Grundeinkommen, dessen populärster Vertreter der dm-Gründer Götz Werner ist, neuen Schwung bekommen. Die Esslinger Kreis-Grünen beschäftigen sich sehr engagiert mit den Möglichkeiten und Bedingungen einer Basisabsicherung für alle Bürger. Als realpolitisch orientierter Kreisverband steht dabei die Umsetzbarkeit im Vordergrund.

#### **Steuerfinanziert**

Nach dem derzeitigen Modell einer grünen Grundsicherung, wie es bei der Veranstaltung im vollbesetzten Nebensaal des Michelangelo in Esslingen diskutiert wurde, ersetzen Sockelbeträge für jeden die derzeitigen Steuerfreibeträge. Gesundheit und Rente werden steuerfinanziert und so können

jetzt noch kostenaufwändige Einzugsverfahren eingespart und für die Versorgung direkt verwendet werden. Ebenso können umständliche private Steuererklärungen entfallen. Alle BürgerInnen erhalten eine monatliche Grundsicherung ohne Bedürftigkeitsprüfung, welche Bedingungen dazu erfüllt sein müssen lässt der aktuelle Diskussionsstand noch offen. Nach dem vorgestellten Modell bekommen Kinder 400 €, Erwerbsfähige 500 € und RentnerInnen 500 € bzw. 700 € Grundsicherung. Ergänzend könnten bedürftigkeitsabhängig Wohngeld oder erhöhte Sätze in besonderen Lebenslagen (z.B. Behinderungen) gezahlt werden. Die Finanzierung der Kranken- und Rentenkassen könnten aus Steuermitteln erfolgen und die Kassen könnten sich durch Profilierung und Leistungen in einer Art Wettbewerb unterscheiden.

Das vorgestellte Modell einer Grünen Grundsicherung würde durch

eine 25 %ige Grundsicherungsabgabe und 25 % Einkommenssteuer finanziert. Grundfreibeträge und in der derzeitigen Einkommenssteuer gewährte Steuervorteile sollen dann entfallen.

### **Arbeitskreis im Land**

Lebhaft diskutierten die Esslinger Grünen die Wirkungen einer solchen Grundsicherung. „Die Grundsicherung erkennt die Würde des Einzelnen ausdrücklich an und unterscheidet sich damit grundlegend vom jetzigen System des sozialen Ausgleichs“, so André Reichel. Die Grünen im Kreis wollen sich deswegen in den weiteren Bemühungen um eine soziale Grundsicherung auch auf Landes- und Bundesebene einsetzen. Mit Wolfgang Gauchel entsandten sie deshalb einen engagierten Vertreter in den Arbeitskreis der Grünen im Land.

Helmut Müller-Werner,  
Dr. André Reichel

## Verfassung nicht ganz von vorn

---

### **EU-Ratspräsidentschaft: Mut gefragt**

**Zum Jahresbeginn hat Deutschland für sechs Monate die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union übernommen. Vor allem in Sachen EU-Verfassung ruhen viele Hoffnungen auf Berlin: Die deutsche Ratspräsidentschaft soll den Verfassungsprozess wiederbeleben, der sich seit dem doppelten Nein der Franzosen**

**und Niederländer zum Verfassungsvertrag in einer Sackgasse befindet. Ein Ausweg aus der vertrackten Situation ist aber nicht leicht zu finden.**

Klar sollte sein, dass man den bei den Referenden gescheiterten Text nicht einfach unverändert noch mal zur Abstimmung stellen kann. Aber auch die Vorstellung, zurück auf

Los zu gehen und das Verfassungspaket wieder aufzuschnüren, um eine ganz neue „bessere“ Verfassung zu entwickeln, ist politisch naiv. Denn der vorliegende Text ist ein mühsam errungener Kompromiss von 25 Staaten und verschiedener politischer Richtungen. Der „große neue Wurf“ ist angesichts der politischen Landschaft in Europa momentan nicht realistisch – vielmehr würde bei einem völligen Neustart das endgültige Scheitern des Verfassungsprozesses drohen. Außerdem ist der Verfassungsvertrag weit besser als sein Ruf. Trotz verschiedener Mängel und Widersprüche würde er Europa demokratischer, effizienter und transparenter machen.

### **Ein klarer Grundlagenvertrag**

Wie könnte ein gangbarer Weg aus der Verfassungskrise aussehen? Wir Grünen schlagen vor, ausgehend vom vorliegenden Verfassungsvertrag einen abgespeckten Text zu erarbeiten, der sich auf die für eine Verfassung relevanten Teile beschränkt. Ein solcher Grundlagenvertrag sollte zum einen die europäische Grundrechtecharta enthalten, die den europäischen Marktbürger endlich zum politischen Bürger machen und den Grundrechtsschutz verbindlich auf der europäischen Ebene verankern würde. Außerdem muss er die Ziele und Werte der EU definieren und das institutionelle Zusammenspiel der Gemeinschaft regeln. Die bisher im ausufernden dritten Teil der Verfassung enthaltenen Detailre-

gelungen für die einzelnen Politikbereiche sollten in einem ergänzenden Ausführungsvertrag Platz finden – aber eben nicht Teil des eigentlichen Grundlagenvertrags sein. Auf diese Weise können wir die Fortschritte der Verfassung – wie ein Mehr an Demokratie durch die Stärkung des Europaparlaments und der nationalen Parlamente oder die Einführung des direktdemokratischen Bürgerbegehrens – erhalten und gleichzeitig grundlegende Defizite beheben. Ein klarer und überschaubarer Text würde an die Stelle des mehrere hundert Seiten dicken Verfassungsentwurfs treten.

### **Keine Geheimdiplomatie**

Zur Ausarbeitung dieses Grundlagenvertrags sollten die Staats- und Regierungschefs einen neuen Konvent mit einem klar abgesteckten Mandat einberufen. Auf keinen Fall darf diese Aufgabe einer Regierungskonferenz überlassen werden, die abgeschottet von der Öffentlichkeit hinter verschlossenen Türen tagt. Im Gegenteil: Ein zweiter Anlauf kann nur erfolgreich sein, wenn er die europäische Bevölkerung miteinbezieht. Umso problematischer ist deshalb der aktuelle Versuch Merkels, den Fahrplan für den weiteren Verfassungsprozess klammheimlich mit den anderen EU-Regierungen auszudealen. Außerdem fordern wir Grünen, dass die Bürgerinnen und Bürger über den neuen Verfassungstext in einem europaweiten Referendum zeitgleich mit der Europawahl 2009

abstimmen. So können wir eine wirklich grenzüberschreitende europäische Debatte in Gang setzen.

### **Europäische Klimapolitik**

Die Regierung Merkel kann die Verfassungskrise aber nur überwinden, wenn sie den Mut zu ambitionierten Schritten zeigt. Das gleiche gilt für ein anderes Schwerpunktthema: Der Klimawandel ist die größte ökologische Herausforderung unserer Zeit. Und auch die ökonomischen Folgen der globalen Erwärmung sind dramatisch. Deshalb brauchen wir eine gemeinsame europäische Energie- und Klimapoli-

itik. Deren Grundzüge wollen die europäischen Staats- und Regierungschefs bei ihrem Frühjahrsgipfel in einem Energie-Aktionsplan festlegen. Dass eine Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 30 Prozent bis 2020 und um 40 Prozent bis 2030 auch ohne Atomkraft möglich ist, haben wir Grünen in einer kürzlich vorgelegten Studie gezeigt.

Ein halbes Jahr Ratspräsidentschaft bietet wenig Zeit – und eine Politik der kleinen Schritte führt angesichts der großen Herausforderungen nicht weiter.

Heide Rühle MdEP

## Versöhnungskonferenz als erster Schritt

---

### **Strategie zur Konfliktlösung für Somalia**

Seit dem Sturz des Diktators Siad Barre 1991 ist Somalia de facto ohne Regierung. Warlords und Clanchefs füllten das hinterlassene Machtvakuum des zerfallenen Staates. Die UN-Friedensmission wurde 1995 nach drei Jahren aufgegeben. Im Juni 2006 übernahm die Union der Islamischen Gerichte die Macht in dem von gewaltsamen Unruhen, Armut und Korruption gekennzeichneten Land. Ihre Macht ergreifung führte zu einer von vielen Somaliern als Verbesserung der Sicherheitslage empfundenen Situation, was ihr trotz der menschenverachtenden Rechtssprechung auch Zuspruch unter der Bevölkerung einbrachte. Mit der Vertreibung der islamistischen Führer

aus Somalia durch äthiopische Armeeeinheiten im Dezember hat sich zugleich die somalische Übergangsregierung, die unter internationaler Vermittlung in Kenia gebildet wurde, in Mogadischu etablieren können. Politisch labil, auf internationale Hilfe angewiesen steht diese vor der Herausforderung, für ein Ende der Gewalt und für demokratische Strukturen im zerrissenen Somalia zu sorgen.

#### **Gesamtes Horn von Afrika**

Schritte zur Stabilisierung des Landes von Seiten der afrikanischen und internationalen Staatengemeinschaft sind zwingend erforderlich. Aber die militärische Eskalation der letzten Wochen in Somalia



hat Auswirkungen auf das gesamte Horn von Afrika. Viele Kenner des Horns von Afrika sind deshalb besorgt angesichts der aktuellen Vorschläge zur Konfliktlösung, übersehen diese doch die komplexen geostrategischen, regionalpolitischen, kolonialgeschichtlichen wie auch ethnischen und religiösen Dimensionen des Konflikts. Alle Bemühungen zur raschen Wiederherstellung des Friedens und einer geordneten Staatsgewalt werden sich in kurzfristigen Erfolgen verlieren, aber keine dauerhafte Stabilität in Somalia erreichen, wenn nicht gleichzeitig Maßnahmen ergriffen werden, um die ungelöste regionale Konfliktlage am Horn von Afrika zu entschärfen.

Erster Schritt ist ein inklusiver Dialog in Somalia zur Bildung einer Übergangsregierung, die das Vertrauen der Bevölkerung und aller gesellschaftlichen Gruppen genießt. Zwingend müssen in diesen Prozess auch die moderaten Kräfte der Union Islamischer Gerichtshöfe eingebunden werden. Unter massivem Druck der Europäer hat sich nun die somalische Übergangsregierung zur Durchführung einer Versöhnungskonferenz bereit erklärt, daran hatten die Europäer ihre finanzielle Unterstützung der Friedensmission gebunden.

### **Stellvertreterkrieg**

In Somalia führen Eritrea und Äthiopien auch einen Stellvertreterkrieg wegen des noch immer schwelenden Grenzkonfliktes. Dies nach dem Motto: Der "Freund meines

Feindes ist mein Feind". Nur vor diesem Hintergrund erklärt sich die Unterstützung der Islamisten in Somalia durch Eritrea, einem ansonsten überzeugt säkularen Staat. Bis heute und konsequenzlos weigert sich Äthiopien, den von der Haager Grenzkommission 2002 festgelegten eritreisch-äthiopischen Grenzverlauf anzuerkennen. Hier muss die Bundesregierung die EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um Äthiopien zu dessen Anerkennung zu bewegen.

Ein weiterer Aspekt dieses Konflikts ist das Streben nach staatlicher Unabhängigkeit der Provinz Somaliland. Die ehemalige britische Kolonie - heute einziger friedlicher, wirtschaftlich leistungsfähiger somalischer Landesteil mit funktionierender konstitutioneller Demokratie - hat 2005 Forderungen nach unabhängiger Mitgliedschaft bei der Afrikanischen Union (AU) eingereicht. Und die AU hält diese Forderung im Kontext der ostafrikanischen Geschichte für "in der Sache gerechtfertigt". Sollte die Übergangsregierung in Mogadischu in dieser Frage Somaliland provozieren oder gar mit Rückeroberungsplänen spielen, wäre Somaliland nicht nur bereit, sondern auch fähig, seine territoriale Integrität zu verteidigen, was für die Übergangsregierung Somalias und für das Land selbst fatale Konsequenzen hätte. Die Ignoranz gegenüber Somalilands Streben nach Unabhängigkeit hilft hier nicht. Vielmehr muss ein Dialogprozess mit allen betroffenen Parteien inklusive der Afrikanischen Union in-

itiiert werden, um eine gemeinsame Annäherung in dieser Frage zu erreichen.

### **Gewaltmarkt zerstören**

Die von der UN mandatierte Friedensmission für Somalia benötigt breite internationale Unterstützung, ausreichende Truppenstärke (mindestens 8000 Soldaten) und sichere Finanzierung. Zur Zeit liegen lediglich Zusagen für 4000 Soldaten aus Uganda, Nigeria und Malawi vor. Aber die Friedensmission benötigt vor allem ein Konzept, in dem auch die Zerschlagung der somalischen Kriegsökonomie und des Gewaltmarktes zentrale Aufgabe ist. Um ein staatliches Gewaltmonopol herzustellen, müssen Milizen und Clans entwaffnet und Reintegrationsmaßnahmen ergriffen werden. Ebenso müssen Handelswege, Grenzverkehr und Seewege wirkungsvoll kontrolliert werden - etwa durch ein verändertes Mandat der UN Joint-Task Force Horn of Africa, an der auch die Bun-

desrepublik beteiligt ist. Um die illegale Einfuhr von Waffen und Munition notfalls mit militärischen Mitteln zu unterbinden, wäre eine robuste Ausstattung des Mandats sinnvoll. Somalia braucht eine auf dauerhaften Frieden und Stabilisierung ausgerichtete Unterstützung. Ein langfristig angelegter Wiederaufbauplan muss Alternativen zur derzeitigen Kriegsökonomie schaffen, um den Menschen eine Perspektive zu geben. Die Bundesregierung ist aufgefordert, in einem ersten Schritt Somalia in die Liste der Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit aufzunehmen, um nach der Errichtung einer stabilen Übergangsregierung mit Verhandlungen über wirtschaftliche, sicherheits- und entwicklungspolitische Kooperation zu beginnen. Nur mit einer umfassenden, langfristigen und regionalen Strategie wird Somalia vor Rückfall in Chaos und Gewalt zu retten sein.

Dr. Uschi Eid MdB

## Mit dem Bundespräsidenten

---

### Reise ins Reformland Ghana

**Vom 12. bis 15. Januar reiste Bundespräsident Köhler nach Ghana, das in diesem Jahr seine 50jährige Unabhängigkeit feiert und auch als Vorreiter unter den afrikanischen Reformländern gilt. In vielerlei Hinsicht war für mich die dreitägige Reise, an der ich auf Einladung des Bundespräsidenten Köhlers teilgenom-**

**men habe, eine in die Zukunft der deutsch-afrikanischen Beziehungen: Verständnis, Respekt und der politische Diskurs über Probleme und Anliegen, denen man als Nachbarn gemeinsam gegenübersteht.**

Mittelpunkt bildete die Nachfolgekonzferenz der Initiative "Partnerschaft mit Afrika", im letzten Jahr

auf dem Bonner Petersberg von Köhler ins Leben gerufen. Und es ging um die junge Generation, um "young leaders" aus Afrika und Deutschland, die sich drei Tage lang in vorbereiteten Workshops mit Themen wie Umwelt und Lebensraum, Gewalt und Konflikten, aber auch mit Fragen der politischen Partizipation und Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten befassten. Lebhaft und ungezwungene Diskussionen festigten nicht nur Kontakte, sondern brachten auch die "Erklärung von Accra" hervor. Der Leitfrage folgend - Was muss und kann konkret getan werden, um eine Partnerschaft mit Afrika auf gleicher Augenhöhe tatsächlich zu erreichen, welche gemeinsamen Probleme bewegen uns, wo können und wollen wir gemeinsam handeln? - hat man gemeinsame Handlungsempfehlungen und Ansätze für die weitere Zusammenarbeit erarbeitet.

Die wichtigste politische Botschaft – erfreulicherweise auch in den deutschen Medien erfasst -, die von diesem gemeinsamen Forum und von der Präsidentenreise nach Ghana ausging, war meines Erachtens, dass hier neue Ansätze und eine neue Generation zum Zuge kommen und sich zur gemeinsamen Zukunft bekennen. Afrikas junge Führungsgeneration hat das Potential und den Willen zur Zukunftsgestaltung und sie will substantielle Diskussionen, denen politische Taten folgen. Es gilt nun, diesen begonnenen Dialog fortzuführen und auszuweiten.



Oumar Konaré, ehemaliger Staatspräsident von Mali und derzeit Vorsitzender der Kommission der Afrikanischen Union, Uschi Eid

Zahlreiche bilaterale Gespräche konnte ich am Rande des Forums zudem mit afrikanischen Präsidenten führen - so etwa mit den Präsidenten aus Ghana, Liberia, Nigeria, Botswana, Benin und auch dem Vorsitzenden der Afrikanischen Union, Alpha Konaré. Hier standen vor allem die Fragen nach Weiterführung der Reformpartnerschaft zwischen den G8 Staaten und Afrika und der bevorstehende G8-Gipfel unter deutscher Präsidentschaft in Heiligendamm im Vordergrund.

Die Rolle Ghanas, die Beziehungen Afrikas zu Europa und Deutschland und auch die innerafrikanischen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen im Rahmen der Afrikanischen Union und der westafrikanischen Wirtschaftsorganisation

ECOWAS standen im Rahmen des offiziellen Besuchsprogramms im Mittelpunkt. So etwa auch beim Gespräch mit dem ghanaischen Staatspräsidenten Kufour. Verbunden war der offizielle Staatsbesuch zudem mit einer Reise zum König der Ashanti in Kumasi. Eindrucks-

volle Erinnerungen habe ich in jedem Fall von der Ehrerbietungszeremonie am Hofe des Ashanti-Königs behalten, die das allgegenwärtige, aber dynamische Verhältnis von Tradition und Moderne hautnah miterleben ließ.

Dr. Uschi Eid

## Auf Landesebene

---

### Fachgruppe Konzessionsverträge

Die Kommunen übertragen mit dem Konzessionsvertrag für Strom einem Energieversorgungsunternehmen (EVU) das finanziell äußerst lukrative Recht auf Erstellung und Betrieb des Stromnetzes auf der eigenen Gemarkung. Die bestehenden Konzessionsverträge im ganzen Land enden überwiegend zwischen 2008 und 2012. Die EnBW zementiert schon jetzt taktisch geschickt zum Teil mit vorzeitigen Abschlüssen von Musterkonzessionsverträgen die bislang schon verfehlte Energiepolitik auf weitere 20 Jahre.

Da jedoch spätestens zwei Jahre vor Ablauf eines Konzessionsvertrags dies öffentlich bekannt gemacht werden muss, unterbindet die EnBW so den Wettbewerb und minimiert den Verhandlungsspielraum für die Kommunen. Denn: Die vorzeitige Vergabe darf innerhalb von drei Monaten abgewickelt werden – quasi ein K.O.-Kriterium für Mitwettbewerber. Dies nimmt den Kommunen jedoch jeglichen Verhandlungsspielraum gegenüber

der EnBW.

Hier will ich mit einer sich gerade konstituierenden grünen Fachgruppe einhaken, mit einem „grünen“ Konzessionsvertrag Gegenstrategien entwickeln und mit EVU's mit Netzübernahmeinteresse den Wettbewerb stärken, um die Kommunen überhaupt erst in ernstzunehmende Verhandlungspositionen gegenüber der EnBW zu bringen.

Zur Bündelung und Verteilung von Informationen sind wir als grüne Fachgruppe unbedingt auf Rückmeldungen von Euch angewiesen. Nur mit einer breiten Vernetzung zu diesem Thema können wir miteinander auf diesem Feld erfolgreich wirken. Also meldet bitte zurück, wenn bei Euch zu dem Thema etwas passiert, schon passiert ist oder einfach Interesse besteht, in einen Verteiler aufgenommen zu werden. Alle Informationen können für die richtige, landesweite Strategie wichtig sein.

Jürgen Menzel, 0711/3703876,  
Email: dreimenzel@yahoo.de

# Nahverkehr aufs regionale Gleis

**Die Diskussion um Zustand und Zukunft des ÖPNV in der Region Stuttgart nimmt Fahrt auf. Am 25. Januar trafen sich grüne Verkehrspolitiker aus den Kreistagen, der Regionalfraktion und der verkehrspolitische Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion, Werner Wölfle, zu einem gemeinsamen Gespräch mit der VVS-Geschäftsführung.**

Unstrittig war das gemeinsame Bekenntnis für einen weiteren Ausbau des Nahverkehrs in der Region. Angesichts der massiven Feinstaubbelastung, der drohenden Fahrverbote und den völlig überlasteten Straßen im Ballungsraum müssen noch mehr Anstrengungen unternommen werden, um die Autofahrer zum Umsteigen zu bewegen. Ebenso fanden die Marketing-Bemühungen des VVS Zustimmung und Lob.

Auf wenig Resonanz seitens des VVS stieß die Position zum Kostendeckungsgrad. Der VVS ist hier mit 56 Prozent deutschlandweit Spitze. Aus grüner Sicht ist es aber nicht Aufgabe des ÖPNV, seine Kosten so weit als möglich zu decken. Im Vordergrund steht viel mehr das Umsteigen auf Busse und Bahnen, der so genannten Modal-Split, der angibt, welches Verkehrsmittel in welchem Maße für die täglichen Fahrten genutzt wird. Hier liegt aus

grüner Sicht noch einiges im Argen in der Region. Und eine VVS-Politik, die den Modal-Split aus den Augen verliert, ist alles andere als zukunftsfähig. Dabei wurde anerkannt, dass die VVS-Geschäftsführung dafür schwer verantwortlich gemacht werden kann, sie ist hierbei völlig von ihren Gesellschaftern abhängig.

Die VVS-Struktur war denn auch ein weiterer Kritikpunkt, der auf dem Verkehrstreffen angesprochen wurde. Das derzeitige Vertragswirrwarr zwischen dem VVS, den Nahverkehrsunternehmen und der Region, den Landkreisen und der Stadt Stuttgart ist schwer zu durchschauen. Die daraus resultierenden komplizierten und damit intransparenten Finanzierungsströme lassen vermuten, dass hier Millionenbeträge versickern, die nicht dem ÖPNV zugute kommen. Ein gangbarer Weg, hier zu Änderungen zu kommen, ist eine Überprüfung der Verkehrsverträge und mehr Wettbewerb bei den Vergaben von Verkehrsleistungen im VVS.

Einen Schritt weiter gingen die grünen Regionalräte am Tag vor dem Verkehrstreffen. Im Verkehrsausschuss der Regionalversammlung wurde in aller Deutlichkeit ein Kernpunkt des letzten grünen Regionalwahlprogramms akzentuiert: die Bündelung der ÖPNV-Kompe-

tenzen auf der regionalen Ebene und die Trennung von Auftraggeber und Auftragnehmer von ÖPNV-Leistungen. Der VVS würde dabei vom jetzigen Mischverbund zu einem Steuerungsinstrument für die ÖPNV-Planung des VRS weiterentwickelt. Der Vorteil liegt auf der Hand: Die „Straßenbauer“ aus den Landkreisen (= Landräte) sowie die

Verkehrsunternehmen als Auftragnehmer müssen draußen bleiben! Wie es nun weitergeht mit dem ÖPNV in der Region und dem VVS, darüber wollen wir Grünen weiter diskutieren, und zwar am 13. März in Stuttgart. Über die Ergebnisse wird an dieser Stelle berichtet werden.

Dr. André Reichel

## Aus dem Regionalparlament

---

### Teilraumuntersuchung Filder

**Der Verband Region Stuttgart hat einen Teil seines Raumes untersucht: Die Filderebene in einem Dreieck von Büsnau und Denkendorf bis Neuenhaus/Aichtal. Herausgekommen ist, dass die Kommunen sich beschränken sollen und dass die Entwicklungsmöglichkeiten des Flughafens „unbedingt“ zu sichern seien.**

Doch: „Wenn die Siedlungen nicht mehr auf den Flughafen zulaufen sollen, darf sich der Flughafen auch nicht weiter in Richtung Kommunen ausdehnen.

Für den Bedarf an Wohngebieten wird in der Regionalplanung im Allgemeinen das Doppelte der Gewerbeflächen angesetzt. Weil aber die Filder schon so gut erschlossen sind und weil Flughafen und Messe „besondere Standortmerkmale“ sind, wird ein Verhältnis von 1:1 zwischen Wohn- und Gewerbeflächen „angestrebt“.

Für den ganzen Untersuchungsraum wird ein Wohnflächenbedarf von rund 100 ha gesehen, von dem etwa zwei Drittel bereits in gültigen Flächennutzungsplänen enthalten sind. Von den ebenfalls sich ergebenden 100 ha Gewerbeflächen sind ein Drittel als Reserven in rechtskräftigen Bebauungsplänen enthalten.

Geschätzter Neuausweisungsbedarf bis ins Jahr 2025: 36 ha Wohnen und 66 ha Gewerbe. Die kommunalen Planungen und Vorüberlegungen liegen weit darüber. Offensichtlich ist, dass die Gemeinden gebremst werden, dem Flughafen aber eine Extrawurst angeboten wird:

„Eine Flächenexpansion ist im südöstlichen Bereich (des Flgh.) denkbar, sie muss allerdings auf den erforderlichen Freiraumverbund abgestimmt werden.“ Die Hofstellen der Landwirte in Neuhausen und Bernhausen, so heißt es weiter, sei-



en auch für die Zukunft geeignet „sofern keine weiteren überraschenden Überplanungen erfolgen“. Alles klar?

#### **Rien ne va plus**

- nichts geht mehr angesichts der nach wie vor fehlenden Ersatzfläche für die Messe, wissen nicht nur VertreterInnen der Landwirtschaft: Wenn Staatsminister Stächele in einem Antwortbrief an OB Klenk/LE schreibt: „Das von Herrn Kizele be-

schriebene Szenario einer Fahrt mit dem Traktor quer durch Stuttgart ist für mich ziemlich realitätsfern“ zeugt dies von Ferne und Ignoranz seinerseits. Genau das wäre nämlich die Konsequenz aus einem Vorschlag der Landsiedlung, Flächen bei Fellbach zu bewirtschaften - eben weil es auf den Feldern keine landwirtschaftlichen Nutzflächen zum Verteilen gibt.

#### **Neckar-Fils**

Vor knapp zwei Jahren kam die Teilraumuntersuchung im angrenzenden Raum Neckar-Fils zu folgendem Ergebnis: Die ermittelten Bedarfe seien theoretisch in den noch nicht entwickelten Flächen in rechtskräftigen Flächennutzungsplänen abgedeckt. Innenentwicklungspotentiale seien durch Umstrukturierungsprozesse in den Bestandsgebieten zu generieren. Und das wäre doch was: Die Reserven reichen! Endlich ein Stopp des ständigen Flächenverbrauchs und damit Planungssicherheit für das Cluster Landwirtschaft.

#### ***Ein etwas anderer Gesprächsabend***

Winfried Kretschmann im Gespräch am 7. März in Neckartenzlingen

Durch den Abend führt Gerhard Härer

Als grüner Nürtinger Wahlkreisabgeordneter wird Winfried Kretschmann aktuelle Informationen aus der Landespolitik darlegen, sicherlich aber auch aus dem Nähkästchen plaudern.

Wie wird Politik gemacht? Was ist besonders anstrengend? Gibt es eine ethische Grundlage für das Gestalten der Politik? Gibt es faule PolitikerInnen? Sind die Diäten wirklich zu hoch?

Da wir uns gemütlich in einem großen Wohnzimmer zusammensetzen, ist aus organisatorischen Gründen eine telefonische Anmeldung erforderlich. (Telefon G. Härer 07127/50 45 1)

# Gesellschaft zwischen Wahlen ändern

PLOCHINGEN: Neujahrsfrühstück der Grünen –  
Daniel Mouratidis verkörpert den frischen Wind in der Partei  
*mit freundlicher Genehmigung aus: Eßlinger Zeitung; 22. Januar 2007*

**In Sachen Klimaschutz und Energiepolitik sind die Grünen unbestritten Vorreiter. Doch auch mit einer breiten Debatte über soziale Gerechtigkeit wollen sie sich positionieren. Das kündigte der neue Landesvorsitzende Daniel Mouratidis an, der gestern zu Gast beim Neujahrsempfang des Esslinger Grünen-Kreisverbandes war.**

### VON KARIN AIT ATMANE

Zum Start ins Jahr 2007 gab es kurze Ansprachen, viele informelle Gespräche und ein Frühstücks-Bufferet, das bis hin zur Weißwurst aus Bio-Produkten bestand. Der Kreisverband der Grünen präsentierte sich im Umweltzentrum Neckar-Fils selbstbewusst und offen für Neues ebenso wie für andere. Erstmals waren neben Parteimitgliedern auch die Vertreter verschiedener Verbände, von der Caritas bis zum Verkehrsclub VCD, zum Neujahrsempfang eingeladen.

Mit seiner Öko-Strom-Kampagne habe der Kreisverband inzwischen bundesweit Vorbildfunktion, berichtete Vorstandsmitglied Matthias Weigert. Im Kreis Esslingen hätten bald 500 Kunden zu einem alternativen Anbieter gewechselt. Auch die Städte Ebersbach und Esslingen

gingen mit gutem Beispiel voran, außerdem würden zwei kreiseigene Gebäude inzwischen mit Ökostrom versorgt.

Die Kampagne nannte Weigert ein Beispiel dafür, wie Politik nicht nur im Wahlkampf und im Parlament gemacht wird, sondern auch direkt mit den Bürgern als Verbrauchern: „So erreichen wir zwischen den Wahlen Etappenziele und damit eine Veränderung der Gesellschaft.“

Das sieht auch der Landtagsabgeordnete Winfried Kretschmann so. Man bewege etwas, wenn „man die Meinungen im öffentlichen Raum verändert“, sagte er – egal, ob als Regierungsfraktion oder in der Opposition. Der Klimaschutz als ein Kernthema der Grünen sei dringlicher als je zuvor. Deshalb stünden die Chancen, „das in breite Schichten der Bevölkerung zu bringen und damit alle Parteien unter Druck zu setzen“, so gut wie nie, sagte er und stellte „ein Jahr der Initiativen“ in diesem Bereich in Aussicht.

Daniel Mouratidis, im November zum neuen Landesvorsitzenden gewählt, kündigte darüber hinaus eine Debatte über soziale Grundsicherung und Gerechtigkeit an, die in einen Antrag auf Bundesebene münden solle. „Wenn wir es nicht schaffen, den Bürgern wirklich ein Kon-





**Winfried Kretschmann (von links) im Gespräch mit dem Landesvorsitzenden Mouratidis und Matthias Weigert von den Kreisgrünen.  
Foto: Ait Atmane**

zept vorzulegen, wie wir soziale Gerechtigkeit definieren, dann werden wir es sehr schwer haben bei der nächsten Wahl.“ Aber der 29-Jährige aus dem Rems-Murr-Kreis ist optimistisch.

Ein Anliegen ist ihm außerdem über Integration zu reden, nicht nur bezogen auf Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch auf Arbeitslose oder auf solche, die „nach rechts wegkippen“.

Mouratidis steht als junger Landesvorsitzender auch gerne selbst für den frischen Wind und die neuen Ideen, die er in seiner Partei spürt. Dass es durchaus Bereitschaft zu politischem Engagement gebe, zeige auch das Trainee-Programm der Grünen in Baden-Württemberg. Dieses macht Neumitglieder mit den Strukturen und Institutionen der Partei und der Politik vertraut. Die Nachfrage nach dem Programm ist deutlich größer als die Zahl der Plätze.

### Jugendratswahl in Kirchheim

In Kirchheim wurde im Januar ein neuer Jugendrat gewählt. Dies geht auf einen Antrag der Stadtratsfraktionen Grüne Alternative und SPD zurück.

Die Wahl ist ein toller Erfolg für die frisch gewählten Jugendräte. 16 Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahre haben es geschafft. Aber auch den 13 Kandidatinnen und Kandi-

Bei einer Beteiligung von 67 Prozent kann sich so mancher Erwachsene an diesem Wahlverhalten eine Scheibe abschneiden. Die hohe Wahlbeteiligung ist natürlich nicht zuletzt aufgrund des geänderten Wahlsystems zustande gekommen. Bei der Jugendratswahl konnte eine ganze Woche lang an jeder sich beteiligenden Schule und am



daten, die die nötige Stimmenzahl nicht erreicht haben, gebührt ein Dankeschön. Es ist immer bitter bei einer Wahl zu verlieren. Und man sieht auch hier, dass es bei Persönlichkeitswahlen immer wieder Überraschungen gibt.

Sonntag auch im Rathaus gewählt werden. Das geänderte Wahlsystem hat sich bewährt. Man muss die Jugend dort abholen, wo sie sich aufhält und nicht vom Denken als Erwachsener ausgehen, dass eine Wahl im Rathaus stattfinden muss.

Eine erste Wahlanalyse brachte zu Tage, dass die Gymnasien stark vertreten sind: Elf der 16 Jugendräte sind Gymnasiasten. Erfreulich ist, dass insgesamt fünf Schulen, also auch die Hauptschule, die Realschule und die Berufsschule, durch die Jugendräte vertreten sind, und auch die jungen Arbeitnehmer auf einen Vertreter im Jugendrat setzen können.

Der Anteil der gewählten Frauen ist allerdings leider schon wie in der „Großen Politik“: War das Geschlechter-Verhältnis bei den KandidatInnen noch fast ausgewogen, ist jetzt der Anteil der Frauen auf 37,5 Prozent geschrumpft.

Jugendgemeinderäte gibt es im Landkreis in Esslingen, Filderstadt, Kirchheim und Nürtingen. Sie stellen nicht nur eine gute Möglichkeit

dar, junge Menschen an der Kommunalpolitik zu beteiligen, sondern können auch für politischen Nachwuchs für die Ratsfraktionen sorgen.

Andreas Schwarz

#### **Impressum:**

GrünES - Rundbrief

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen / Kreisverband Esslingen

Plochinger Straße 8, 72622 Nürtingen

E-Mail: kv.esslingen@gruene.de

Redaktion: Kreisvorstand, Heike

Habermann und Stefan Faiss, Layout:

Sonja Abele, Ausgabe: 1/2007, Auflage: ca. 400

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion bzw. des Kreisvorstandes wieder.

Der Rundbrief ist auch als Download auf unserer Homepage

[www.gruene.de/esslingen](http://www.gruene.de/esslingen) erhältlich.

## Gewalt gegen Frauen hinschauen - ächten - verhindern

heißt die diesjährige Veranstaltung der Esslinger Frauen bei den Grünen während der Esslinger Frauenwochen am 16. März, 20 Uhr, im Kaiserzimmer im Salemer Pflughof. Das Ausmaß von Gewalt gegen Frauen in unserer Gesellschaft ist nach wie vor schockierend. Noch immer machen Tausende Frauen und Mädchen tagtäglich Erfahrungen mit Gewalt – in Form von häuslicher Gewalt,

Stalking, Zwangsprostitution, Menschenhandel, Zwangsheirat, Genitalverstümmelung oder Ehrenmord. Mit Brigitte Lösch, frauenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der Grünen, wollen wir Bilanz ziehen und neue Ansätze der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen diskutieren. Wir laden alle interessierten Frauen und Männer ein, mitzureden!

## Terminkalender

Mi	7. März	Gesprächsabend mit Winfried Kretschmann in Neckartenzlingen; Anmeldung bei Gerhard Härer 07127/50 45 1)
Do	8. März	Internationaler Frauentag und Kreismitgliederversammlung in Esslingen, 20 Uhr
	9. - 21. März	Ausstellung "Ökologischer Landbau" und vieles mehr im Umweltzentrum Plochingen
Mo	12. März	Neumitgliedertreffen in der Kulturkantine, Seegrasspinnerei Nürtingen (gesonderte Einladung folgt)
Fr	16. März	Gewalt gegen Frauen - hinschauen - ächten - verhindern! Esslingen, 20 Uhr, Salemer Pflegehof, Kaiserzimmer, Untere Beutau 8-10
Sa	17. März	Fahrradbörse des OV Aichtal, Festhalle Aich
Fr	11. Mai	Redaktionsschluss für den nächsten Rundbrief
Do	25. Mai	"Gen" Süden - grüne Gentechnik für Entwicklungsländer: satt oder bankrott? 19.30 Uhr, Salemer Pflegehof, Paulussaal, Untere Beutau 8-10, Esslingen
Mi	27. Juni	Kreismitgliederversammlung mit Vorstandswahlen
Sa	30. Juni	Landesausschuss

### Kreisgeschäftsstelle - Öffnungszeiten

Plochinger Straße 8, 72622 Nürtingen

Tel.: 07022/35851, kv.esslingen@gruene.de

Dienstag 14.00 -17.00 und 17.30 - 19.30, Donnerstag 9.00 -12.00 Uhr

## "Gen" Süden -

grüne Gentechnik für Entwicklungsländer: satt oder bankrott?  
Heike-Solweig Bleuel, Biologin: Was ist grüne Gentechnik?

- Stand der internationalen Forschung
- Entstehung des deutschen Gentechnikgesetzes
- Entstehung internationaler Abkommen
- Auswirkungen in Entwicklungsländern
- "Eine-Welt-Thematik", ähnlich der Klimadiskussion

Raum für eine ausgiebige Diskussion ist anschließend vorgesehen. Im Beiprogramm werden gentechnikfreie Lebensmittel aus der Region und der Dritten Welt angeboten.

Eine Veranstaltung in Zusammenarbeit von:

- Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Esslingen
- Evangelisches Bildungswerk Kreis Esslingen
- Katholisches Bildungswerk Kreis Esslingen
- Weltladen Esslingen